Diskurspiraterie

Wenn die Rechten unsere linke Sprache sprechen

Immer wieder werden linke Begriffe von rechten Politikern usurpiert wie z. B. der Begriff der Solidarität und sogar der der Revolution.



1. Oktober 2017 · Sabine Kebir

Wackelkandidaten und Diskurspiraten[1]

Gramsci, Brecht und Anverwandlung linker Begriffe durch rechte Politik

Die Worte bleiben, der Inhalt wird verdreht

Diskurspiraterie gehört zum politischen Alltagsgeschäft: Als ich am 29. November 2009 auf dem Heimweg von der Tagung *Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen* in den Würzburger Bahnhof trat, wurde mir ein Exemplar der *Frankfurter Allgemeinen* offeriert, das ich gerne annahm, weil das Titelblatt eine frappierende Diskurspiraterie präsentierte, zwar nicht in Worten, sondern in Form einer farbigen Großkarikatur. Inspiriert von Eugène Delacroix' berühmtem Revolutionsbild eilt hier die neu ernannte Arbeitsministerin von der Leyen barbusig und mit wehender schwarz-rot-goldener Fahne durch schlapp am Boden liegendes heutiges Prekariat. Einige der grauen Prolls können noch Spaten oder Bierflaschen heben und blicken hoffnungsvoll zu der forschen Lichtgestalt

auf.[2]

Dass ein wesentliches Ziel der Diskurspiraterie im Verwischen von Zuordnungen besteht, wird sicher nur dem sehr aufmerksamen Leser des Begleittextes klar. Da sind es nämlich nicht die Arbeitnehmer, sondern es ist die „Wirtschaft“, die sich von der neuen Ministerin „Aufbruchsstimmung“ erhofft. Frau von der Leyen möge „eine ähnliche Dynamik erzeugen, wie ihr das beim Thema Familie und Beruf hervorragend geglückt ist“, wird der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zitiert. Aus der Sicht des Artikelautors Martin Wansleben ist das vollkommen richtig. Weil das Bild der Revolutions-Germania so geglückt schien, wurde es auf der zweiten Seite noch einmal in größerer Ausfertigung gedruckt und Anlass weiterer Betrachtungen, deren Analyse wir uns hier aber sparen.

Diskurspiraterie gehört also nicht nur zum Handwerkszeug extremer Rechter. Man denke nur an die Wanderung des Begriffs ‚Solidarität’, der ursprünglich nur von Linken benutzt wurde, seit etwa drei Jahrzehnten aber auch im Sozialstaatsvokabular von politischen Kräften auftaucht, die im Mitte-Rechts-Block zu verorten sind. Natürlich gehen damit auch Bedeutungsverwischungen einher: Das Wort bleibt, der Inhalt ändert sich. Wer linke Inhalte erhalten und stärken will, steht also unter permanentem Zwang zu dekonstruieren und neu zu definieren.

Das allgemeine Wahlrecht bringt die moderne Diskurspiraterie hervor

Es ist kein Zufall, dass sich rechte Piraterie im Pool linker Begriffe mit dem allgemeinen Wahlrecht entwickelte. Bis dahin wurde weltliche Herrschaft als von Gott vermittelt verstanden und musste sich dem Volk nur in seltensten Ausnahmesituationen anbiedern. Die Institution des allgemeinen Wahlrechts selbst ist historisch jener linken Tradition zuzurechnen, die auf der Weltlichkeit jeglicher Herrschaft bestand und sie in der Französischen Revolution erstmals in der politischen Praxis durchsetzte. Im Unterschied zur Amerikanischen Revolution, die die Sklaven von vornherein von den Bürgerrechten ausschloss, wurde die Durchsetzung der Menschenrechte, einschließlich des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts, während der Französischen Revolution für einige Jahre auch auf einigen Sklaveninseln der Antillen erkämpft. Von Napoleon wurde die Sklaverei dort wieder eingeführt und im Mutterland musste das allgemeine Wahlrecht einem Zensuswahlrecht weichen. Napoleon III. wiederum verdankte seine lange Herrschaft der Wiedereinführung des allgemeinen Wahlrechts. Er entwickelte ein Konzept, mit dem die alten Klassenverhältnisse (d.h. die, die aus der Restauration hervorgegangen waren) trotz allgemeinem Wahlrecht erhalten werden konnten, indem er das politische Tagesgeschäft durch kulturelle Fassaden erweiterte, zu denen auch die teilweise Adaption populären Begriffsmaterials gehörte, das unter der Hand zumindest teilweise seiner Bedeutung entleert wurde oder sogar neue Bedeutungen zugeschanzt bekam.

Die Wiedereinführung des allgemeinen Wahlrechts war aber nicht nur eine Begriffsadaption, sondern war selbst echte Politik – was zur Feststellung führt, dass Diskurspiraterie der Herrschenden nur dann Erfolg verspricht, wenn sie zumindest teilweise von Kompromissen in der Realpolitik begleitet wird. So hat Napoleon III. auch nicht nur das allgemeine Wahlrecht wieder eingeführt, sondern große öffentliche Arbeitsprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgelegt. Dass diese Politik insofern demagogisch war, weil sie die bestehenden Klassenverhältnisse keineswegs verändern wollte, zeigen die vielen in ihr enthaltenen reak-

tionären Elemente: Mit den Arbeitsmarktmaßnahmen wurden zugleich Gesetze erlassen, die die Entwicklung von Gewerkschaften unterbanden. Außerdem wurde die Lizenzierung von Zeitungen und Druckerzeugnissen aller Art dermaßen verteuert, dass der breite Strom der seit zweihundert Jahren existierenden populären Publizistik der Aufklärung effizient gestoppt war. Er wurde teilweise ersetzt durch staatlich erzeugte und bis ins letzte Dorf verschickte Informationsbulletins.[3]

Antonio Gramsci belegte diese Art von Entwicklung mit dem Begriff der ‚passiven Revolution'. Im Deutschen würden wir sie – wenn wir etwa an Bismarcks Sozialreformen oder die Aufhebung des Sozialistengesetzes denken – als ‚Revolution von oben' bezeichnen. Gramsci war der erste Marxist, der klar erkannte, dass diese passiven Revolutionen in den sich laisierenden westlichen Gesellschaften von einem starken kulturellen Kampf begleitet sind, in dem nicht nur Klartext gesprochen wird, sondern viel populistische Demagogie zum Tragen kommt. Höhepunkt dieser Entwicklung ist dann der Faschismus, der ja ebenfalls als eine Lösung angesehen werden kann, die sich in der auf den Ersten Weltkrieg folgenden Krise dem Proletariat als „Revolution" anempfahl, in Wirklichkeit aber Teilen der alten herrschenden Klassen zum Machterhalt angeboten wurde. Sie steckten in einer tiefen Legitimationskrise, deren Lösung um so schwieriger war, weil das allgemeine Männerwahlrecht nach dem Krieg nicht nur bestätigt, sondern in vielen Ländern sogar durch das Frauenwahlrecht erweitert werden musste.

In den kulturellen Kämpfen, die in der Ära des allgemeinen Wahlrechts entfesselt und über die modernen Medien ausgefochten werden, spielt die Diskurspiraterie also eine große Rolle.

Pionierhalstuch und BDM-Uniform

Wie sehr die faschistische Diskurspiraterie den linken Diskursbaukasten in Unordnung gebracht hatte, erlebte ich Mitte der fünfziger Jahre am eigenen Leibe. Obwohl mein Vater meine schwerkranke und deshalb Hausfrau gebliebene Mutter vom Sozialismus überzeugt hatte, stemmte sie sich eine Weile dagegen, dass ich Junger Pionier werden sollte. Dem Ansehen meines Vaters, der SED-Mitglied war und am Beginn einer wissenschaftlichen Karriere stand, hätte es jedoch sehr geschadet, wenn ich in diese Jugendorganisation nicht eingetreten wäre. Als ich aber im Spätherbst 1955 zum ersten Mal mit dem von meiner Lehrerin mehr schlecht als recht gebundenen blauen Pioniertuch nach Hause kam, das in den Augen meiner Mutter mein grünes Samtmäntelchen schwer verunstaltete, ordnete sie an, dass ich es künftig, entgegen den Anweisungen der Lehrerin, nicht täglich, sondern nur zum Pioniernachmittag und zu politischen Feiertagen auf der dazu passenden weißen Bluse tragen sollte. Diese ästhetischen Einwände waren vorgeschoben. Es gab noch einen anderen Grund, weshalb meine Mutter das Halstuch nicht mochte. Sie meinte, dass ihr jegliche Jugenduniform zuwider sei, weil sie sie an die Nazizeit erinnere, als sie selbst, durchaus freiwillig, eine BDM-Uniform getragen hatte. Nun, da die Zeit der Verblendung vorbei sei, müsse auch die Uniformierung der Jugend ein für alle Mal eine Ende haben. Mein Vater, der weit entfernt war, die DDR-Pionierorganisation für eine durchweg gelungene Konstruktion zu halten, erklärte nun aber, dass die faschistischen Riten – z.B. die Massenaufmärsche und die organisierte Jugendkultur – aus gestohlenen Riten der Linken entwickelt worden seien und letzteren daher nicht vorgeworfen werden könne, auf ihre eigenen Traditionen und Riten nun wieder zurückzugreifen. Obwohl meine Mutter diese Erklärung verstand, versuchte sie jahrelang zu verhin-

dern, dass ich den gepflegten Eindruck meiner von ihr mühevoll zusammengestellten Garderobe durch das blaue Halstuch zunichte machte. Wenn ich ihr gehorchte, riskierte ich aber Strafpunkte in der Schule. Und so steckte ich das Halstuch meist heimlich in den Ranzen, um es erst kurz vor Eintritt in die Schule umzubinden. Den dafür vorgeschriebenen Pionierknoten ohne Spiegel zu binden, war nicht einfach. Ich tat es immer mit dem Gefühl, dass meine Mutter jedenfalls ein bisschen Recht hätte, mein Vater aber auch. Dabei lernte ich, dass leben eben manchmal bedeutet, unlösbare Widersprüche auszuhalten.

Heute fällt mir dazu ein Satz von Bertolt Brecht ein, den er am 19. Juli 1943 in sein Journal notierte: „Im Faschismus erblickt der Sozialismus sein verzerrtes Spiegelbild. Mit keiner seiner Tugenden, aber allen seinen Lastern." Die dem Satz vorangehenden Betrachtungen verweisen darauf, dass Brecht von einem Buch Boris Souvarines über Stalin[4]

beeindruckt war, in dem Gemeinsamkeiten totalitärer Herrschaftsstrukturen hervorgehoben wurden:

„Souvarines niederdrückendes Buch über Stalin gelesen. Die Umwandlung des Berufsrevolutionärs in den Bürokraten, einer ganzen revolutionären Partei in einen Beamtenkörper, gewinnt durch das Auftreten des Faschismus tatsächlich eine neue Beleuchtung. Das deutsche Kleinbürgertum borgt sich für seinen Versuch, einen Staatsapparat zu schaffen, gewisse Institutionen (samt ideologischem Material) vom russischen Proletariat, das versucht, einen Staatssozialismus zu schaffen."[5]

Aus dieser Beobachtung Brechts geht hervor, dass Diskurspiraterie nicht die einzige Art der Selbstbedienung des Faschismus am Tisch des Sozialismus darstellte, sie ging viel tiefer. Obwohl Brecht sicher niemals eine Gleichsetzung von Stalin und Hitler, von Sowjetsozialismus und Nationalsozialismus im Sinn hatte, skizziert er hier doch Ansätze einer Totalitarismustheorie, die wir – ebenfalls bezogen auf Formen der Herrschaft – durchaus auch bei Gramsci finden. Doch dazu später.

Zurück zum blauen Pioniertuch. Im Grunde haben meine beiden Eltern zwei unterschiedliche, aber typische Reaktionen auf den rechten Diskurs- und Ritenklau gezeigt. Meine Mutter reagierte mit panischer Abwehr, typisch für Menschen, die ihre Weltanschauung grundlegend geändert haben. Es erschien ihr wichtig, die für sie neue Weltanschauung rein zu halten. Mein Vater ließ sich unter dem Eindruck des beschmutzten linken Erbes gleichwohl aber nicht enterben. Diese Haltung einzunehmen, bedeutet freilich die Verpflichtung genauer und ständig aktualisierter Dekonstruktionen und Definitionen. Der Kampf um Begriffe wie z.B. den der Revolution ist also ein permanenter. Ob z.B. 1989 eine Revolution oder letztlich doch eine Konterrevolution war, ist eben eine Streitfrage.

Gramsci entdeckt die relative Neutralität der Formen: Der Fall des Futurismus

Gramsci ist nicht nur posthum, d.h. in den achtziger Jahren, Objekt rechter Diskurspiraterien geworden, sondern war auch bereits – zwanzig Jahre vor der oben zitierten Aufzeichnung Brechts – durch Aufkommen und Machtergreifung des italienischen Faschismus selbst damit konfrontiert. Bevor ich also zu der denkwürdigen Aneignung Gramscis durch die sogenannte

Neue Rechte der siebziger und achtziger Jahre komme, gehe ich darauf ein, wie er selbst das Phänomen wahrgenommen hat und wie er damit umging.

Vorausgeschickt sei, dass bei ihm dabei implizit die heute noch vielen Linken fehlende Erkenntnis entstand, dass es zwischen Inhalt und Form – zwischen Wort und Inhalt – keine automatisch fixierte Verbindung gibt. Das gilt u.a. für die Kunst, ist aber am Beispiel der Sprache leichter zu verstehen: Im Prinzip ist es ein normaler Vorgang der Sprachentwicklung, dass die Form der Wörter in der Regel länger stabil bleibt als ihr Inhalt. Auch, wenn keine bewusste Diskurspiraterie stattfindet, lädt sich der Inhalt von Wörtern immer wieder mit neuen Nuancen und eben auch neuen Bedeutungen auf. Im bewussten diskursiven Hegemoniekampf der Ideologien können Wörter wie z.B. die ‚Revolution' eine ähnliche Funktion bekommen wie Waffensysteme im realen Krieg: Die gegeneinander streitenden Parteien versuchen mit möglichst gleichwertigen Waffen dem Gegner gegenüberzutreten. Freilich kann man sich – mangels technischer Möglichkeiten – auch auf einen asymmetrischen Verteidigungskrieg verlegen, der keine schlechten Erfolgsaussichten hat. Ihm entspräche auf der Ebene der Sprache wohl die Einführung neuer oder auch alter, in Vergessenheit geratener Konzepte und Begriffe. Natürlich hat auch der Krieg, der mit modernsten Waffensystemen geführt wird, durch den Einsatz von Spionage, Privatmilizen usw. asymmetrische Komponenten. Das Ringen um Hegemonie geht also sowohl auf der Ebene des Krieges als auch im Kampf der Diskurse unweigerlich mit niedrigstem Diebstahl und Mord einher. Die heute immer wieder vorgegaukelte Vorstellung des ‚sauberen' Krieges, bei dem – außer dem verbrecherischen Führungspersonal des Gegners – keine Menschen mehr getötet werden müssten, ist genauso eine Illusion wie die Vorstellung, dass ein Weltanschauungskrieg mit anständigen, quasi sterilen Instrumenten geführt werden könnte. Jenen Linken, die sich immer noch Theoretiker wie Kirchenväter wünschen, gilt Gramsci, seit er von rechter Seite in Anspruch genommen wird, als Wackelkandidat, als unsicherer Kantonist, mit dem man sich nicht zu beschäftigen braucht. Solcherart Berührungsängste haben bei Linken immer wieder zu völlig verkrusteten, zeitlos scheinenden, in Wirklichkeit aber oft veralteten Theorie- und Begriffsgebäuden geführt. Zu den Voraussetzungen der Politikfähigkeit gehört aber, dass die eigenen Diskurse unablässig an der Wirklichkeit geschärft und auch angesichts ihrer Vereinnahmung durch den Gegner immer wieder neu geklärt werden müssen.

Zur Anerkennung der – sicher nicht absoluten, aber eben doch häufig vorkommenden – Neutralität von Formen konnte man zu Gramscis Zeiten nicht nur angesichts der Herausbildung des Faschismus kommen, sondern auch angesichts der politischen Entwicklung des Futurismus, der diesem vorausging und in mancher Hinsicht schon ein embryonaler Faschismus war. Für unser Thema ist es von Interesse, dass der Futurismus zunächst auch als eine Künstlerbewegung mit linkem Potential gesehen werden konnte. Immerhin hatte das 1909 publizierte futuristische Manifest Filippo Tommaso Marinettis auch verkündet, „die arbeitsbewegten Mengen"[6]

zu besingen. Der junge Gramsci, dessen erster überlieferter Artikel aus dem Jahre 1913 den Futuristen gewidmet war, zeigte sich begeistert darüber, dass sie dem konservativem Akademismus entgegentraten, sich für eine grundlegende Umwälzung der bürgerlichen Welt und eine neue Ordnung engagierten.[7]

Als Führer der Turiner Rätebewegung (1918-1920), die auch eine Kulturbewegung war, hatte

Gramsci Kontakt mit Marinetti aufgenommen und ihn gebeten, interessierten Arbeitern die futuristische Malerei zu erklären. Marinetti war der Aufforderung gefolgt und Gramsci hatte festgestellt, dass die Arbeiter mehr Verständnis für die futuristische Malerei aufbrachten als mancher Bürger. Das von ihm erhoffte Bündnis mit diesen Avantgardekünstlern realisierte sich jedoch nicht. Die Futuristen, mit Marinetti an der Spitze, liefen bald zu den Faschisten über.[8]

Ihre Formensprache nahmen sie mit. Das war der Grund, weshalb der italienische Faschismus der avantgardistischen Moderne verbunden blieb, statt sie, wie der deutsche, zu bekämpfen.

Kann man im Fall des Futurismus von Diskurspiraterie sprechen, da es sich doch um eine Entwicklung innerhalb einer weitgehend gleich bleibenden Personengruppe handelte? – Ich denke schon, denn das Konzept der politischen Diskurspiraterie macht überhaupt nur Sinn, wenn man es nicht als Brechen von Urheberrechten zwischen Personen versteht, sondern als Besetzung einer in einem bestimmten politischen Kontext entstandenen Form mit neuen gesellschaftspolitischen Inhalten. Dieser Prozess kann sich als Entwicklung bei einzelnen Personen oder Personengruppen darstellen oder als bewusste Piraterie in den Diskursen des für erfolgreich gehaltenen Gegners. Wenn ich vorschlage, beide Fälle als Diskurspiraterie zu bezeichnen, habe ich vor allem im Auge, dass die bewusste Verwendung einer bestimmten Form mit neuem, oft sogar gegenteiligem Inhalt, schließlich vor allem demagogischen Zwecken dient.

Ob eine Diskurspiraterie von dem Adressaten als solche wahrgenommen wird, hängt auch von diesem selber ab. Durchschaut er, was geschehen ist? Oder lässt er sich täuschen? Misst er dem politischen Inhaltswandel bei gleichbleibenden Formen überhaupt Bedeutung bei? Wenn es sich um ein Feld der Kunst handelt, gibt es auch Betrachter, denen der gesellschaftspolitische Inhalt gleichgültig ist, besonders, wenn es sich um ein Kunstfeld der Vergangenheit handelt.

Mussolini: Vom Sozialisten zum Faschisten

Wie bei den Futuristen ist auch im Falle von Benito Mussolini unklar, wann genau aus dem Sozialisten der Faschist wurde, den wir kennen. Er bewegte sich lange in einer Grauzone. Gramsci war auch in Mussolinis Kerker, also rückschauend, weit davon entfernt, in den Widersprüchen des frühen Mussolini nur jene Keime zu sehen, die ihn später zum Führer der Faschisten machten. In einem Gefängnisheft von 1934 schrieb er, es sei „hochinteressant“, im *Kriegstagebuch* Mussolinis „Spuren wirklich nationalen und populären politischen Denkens aufzuspüren, die einige Jahre zuvor die ideelle Substanz der Bewegung herangebildet hatten, deren Höhepunkt der Prozess von Roccagora und die Ereignisse des Juni 1914 waren.“ Am 6. Dezember 1913, hatten in Roccagora, einem Dorf im südlichen Latium, Soldaten auf eine friedliche Demonstration von Bauern geschossen, die gegen die Aneignung von Gemeindeland durch einen Großgrundbesitzer protestierten. Weil er als Direktor des *Avanti*, des Zentralorgans des Partito Socialista Italiano (PSI) eine Kampagne für die Bauern von Roccagora verantwortete, hatte Mussolini vor Gericht gestanden – eine Episode, die er noch lange als Beweis für seine ‚linke’ Haltung demagogisch auszuschlachten verstand.[9]

Als der PSI bei Kriegsausbruch – anders als die anderen europäischen Sozialisten – eine neutrale Position hinsichtlich der Beteiligung am Krieg einnahm, vertrat Mussolini im *Avanti* die Auffassung, dass sich das Proletariat eine solche Passivität nicht leisten könne, es müsse den Krieg aktiv für seine eigenen Ziele nutzen. Der junge Gramsci, der damals am Beginn seiner Erfahrung als Journalist des PSI stand, hatte einen Unterstützungsartikel für den Direktor des *Avanti* geschrieben. Er hoffte aber, dass dessen „ein wenig unorganische[ ] Erklärungen“[10]

keinen Aufruf zum Kriegseintritt darstellten, sondern die Perspektive eröffneten, dass das Proletariat die Waffen schließlich gegen den Kapitalismus kehren werde. Als Mussolini aber in den folgenden Wochen offen für den Kriegseintritt plädierte, weil Italien mit den anderen europäischen Völkern um Kolonien streiten müsse, wurde er aus dem PSI ausgeschlossen. Wegen seines Engagements für ihn drohte auch Gramsci der Ausschluss. Aber er wurde nur verwarnt.

Später hielt er fest, dass Mussolini zu einer Gruppe von ‚Sozialisten’ gehört habe, die die Marx’sche Lehre vom Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb eines Landes uminterpretierten. Sie galten immer noch als Marxisten, obwohl sie ganz Italien als „proletarische Nation“ im Verhältnis zu den anderen kapitalistischen Nationen ansahen, mit denen es in Konkurrenz stand. Die brennenden Fragen der Armut und insbesondere der ausgebliebenen Agrarreform sollten nicht durch Klassenkämpfe in Italien selbst, sondern durch den Erwerb von Kolonien gelöst werden.[11]

Weil er diese Ziele mit einem scheinsozialistischen Duktus präsentierte, konnte sich Mussolini noch den ganzen Weltkrieg über als ‚Sozialist’ ausgeben, zumal seine Position auch von Sozialisten anderer europäischer Länder, wie z.B. von Kautsky und Plechanow, geteilt wurde.

Nicht zuletzt basierte Mussolinis lang erhalten gebliebener Ruf, eigentlich ein Linker zu sein, auf seiner demagogischen Verwendung des Revolutionsbegriffs. Dieser war in Italien so populär, dass er inflationierte. In der Umgangssprache einiger politischer Gruppen, schrieb Gramsci, habe der Begriff ‚Revolutionär’ immer mehr die Bedeutung von ‚Aktivist’, ‚Interventionist’, ‚Voluntarist’, ‚dynamischer Typ’ angenommen. Für den Schriftsteller Curzio Malaparte, beobachtete er, schien „die Bezeichnung ‚Revolutionär’ zu einem Kompliment geworden zu sein, wie es einmal ‚Edelmann’ war oder ‚großer Ehrenmann’ oder ‚ein wirklicher Ehrenmann’ usw.“ Gramsci charakterisierte die Anverwandlung linker Begriffe durch die Faschisten mit Eigenschaftswörtern wie „populistico“ oder „popolaresco“.[12]

Hin und wieder ist die Episode der Verteidigung Mussolinis durch den jungen Gramsci bei Kriegsausbruch als Beleg für die zwielichtige Nähe von Faschismus und Kommunismus auch gegen Gramsci ausgelegt worden. Dem ist zu entgegnen, dass er im Unterschied zu Mussolini 1914 gegen die Teilnahme am Krieg war und koloniale Abenteuer nicht als Lösung sozialer Probleme Italiens ansah. Schon 1915 schrieb Gramsci auch Artikel mit der Voraussage, dass bald eine weltweite Epoche nationaler Befreiungskämpfe in den Kolonien beginnen würde. Die dort lebenden Völker würden nicht ruhen, bis Menschenrechte und Gleichheitsgrundsatz auch bei ihnen zur Geltung kämen. Während die englische und französische Linke noch jahrzehntelang den Erhalt der Kolonien befürworteten, die gemeinsam mit dem Mutterland in

den Sozialismus gelangen sollten, vertrat der Partito Comunista Italiano (PCI) seit seiner Gründung antikolonialistische Positionen.

Gramsci und Mussolini kämpfen um den Revolutionsbegriff

Italien gehörte nominell zwar zu den Kriegssiegern, war aber ökonomisch, sozial und moralisch so tief zerrüttet, dass es mit den Kriegsfolgen nicht besser fertig wurde als der Verlierer Deutschland. Insbesondere gelang es nicht, den Kriegsheimkehrern Arbeit und Lebensperspektiven zu bieten. Die sozialistische Bewegung erstarkte, scheiterte jedoch daran, eine gesamtnationale Bewegung zu werden. Aber der bürgerlichen Regierung unter Giovanni Giolitti gelang es auch nicht, das Land zur Ruhe zu bringen, insbesondere nicht in den ökonomischen Nervenzentren des Landes, im entwickelten Norden. In der großen Industriemetropole Turin wurde Gramsci zum Führer einer Rätebewegung, in deren Verlauf es zur monatelangen Besetzung der FIAT-Werke kam. Unter Arbeiterkontrolle produzierten sie weiter.

Weil die legalen Ordnungskräfte die Machtverhältnisse nicht zu klären vermochten, schalteten sich faschistische Milizen ein. Sie bekämpften die organisierte Arbeiterbewegung durch grausame Terrorakte. Und Mussolini scheute sich nicht, nach seiner Machtergreifung 1922 den Terror zur Staatsraison zu erklären. Der 1921 entstandene PCI war zwar noch legal und im Parlament vertreten. Aber seine Mitglieder, ihm nahestehende Gewerkschafter, Parteibüros und Kulturstätten wurden bereits so stark bedrängt bzw. in Brand gesteckt, dass der Parteitag, auf dem Gramsci 1924 zum Ersten Sekretär gewählt wurde, im französischen Lyon stattfinden musste.

Als am 10. Juni 1924 der im Parlament mit antifaschistischen Positionen bekannt gewordene PSI-Abgeordnete Matteotti spurlos verschwunden war und eine Entführung durch faschistische Banden äußerst wahrscheinlich schien, verließen sämtliche nichtfaschistische Parteien das Parlamentsgebäude von Montecitorio und gründeten im Aventin ein Gegenparlament. Diesem gelang es allerdings nicht, die das Land erfassende Empörung in eine politisch organisierte Mobilisierung des ganzen Landes zu transformieren. Die Idee eines Generalstreiks blieb nicht nur den bürgerlichen Parteien fremd, sondern auch den Sozialisten. Der Aventin stellte seine Tätigkeit bald ein und die Abgeordneten blieben einfach zu Hause. Offenbar hatte nur Gramsci verstanden, dass es Mussolini zurechtkam, wenn die Parteien das Parlament mieden. In dieser Situation kehrte er mit der kommunistischen Fraktion ins Parlament zurück. So wurde der PCI zur letzten Verteidigerin der Repräsentativdemokratie in Italien.

Wenige Monate später versuchte Mussolini, ein Gesetz gegen Geheimorganisationen zu verabschieden, das sich vorgeblich gegen die Freimaurer, in Wirklichkeit aber gegen die Kommunisten wandte. Dieses neue Gesetz werde sich, so Gramsci, als „ein fürchterliches Verfolgungsinstrument gegen uns“ darstellen. „Wir sind auf der Suche nach Maßnahmen, die geeignet sind, uns ein Minimum an Legalität zu bewahren und gleichzeitig die Existenz von Massenorganisation zu ermöglichen.“[13]

Am 16. Mai 1925 hielt er als Fraktionsführer des PCI eine Rede gegen das Gesetz über die Geheimorganisationen. Es kam dabei zu einem merkwürdigen Arrangement. Weil seine Stimme schwach war, erhoben sich viele Abgeordnete von ihren Plätzen und traten nah an ihn heran.[14] Darunter waren auch Mussolini und Roberto Farinacci, der Führer des rechten und be-

sonders brutalen Flügels der Faschisten. Einen Abgeordneten, der Gramsci in Anspielung auf seine Zwergengestalt „Schweig – Rigoletto!“ zubrüllte, rief Mussolini zur Ordnung und befahl ihm, sich zu entschuldigen. Gramsci sagte, dass er keine Entschuldigung annehme, sie nicht einmal anhören werde.[15]

Im späteren Brief an seine russische Frau vom 25. Mai bedauerte er, dass er sich wegen des ungewöhnlichen, äußerlich aber höflichen Arrangements doch habe hinreißen lassen, auf die Zwischenrufe der Faschisten zu antworten.[16] Dadurch hielt er die Rede nicht ganz nach Plan. Sie geriet zum Duell, hauptsächlich mit dem Duce. Dieser konterkarierte dreist, aber geschickt, Gramscis Behauptung, der Faschismus strebe keine neue Gesellschaft an, sondern nur „die Ersetzung eines Verwaltungspersonals durch ein anderes“. Folgender Wortwechsel entspann sich:

„Mussolini: ‚Einer Klasse durch eine andere – genau wie es in Russland geschehen ist und wie es normalerweise in allen Revolutionen geschieht und wie wir es mit Methode betreiben.

Gramsci: ‚Man kann nur von einer Revolution sprechen, wenn sie sich auf eine neue Klasse stützt. Der Faschismus stützt sich auf keine Klasse, die nicht schon an der Macht gewesen wäre…’

Mussolini: ‚Aber wenn ein großer Teil der Kapitalisten gegen uns ist, wenn ich Ihnen die größten Kapitalisten nenne, die gegen uns votieren und zu uns in Opposition stehen: die Motta, die Conti…’

Farinacci: ‚Und die die subversiven Zeitungen finanzieren!’

Mussolini: ‚Die Große Bank ist nicht faschistisch, wie Sie wissen…’

Gramsci: ‚In Wahrheit ist das Gesetz gegen die Freimaurerei gar nicht vorrangig gegen die Freimaurer gerichtet; mit den Freimaurern kommt der Faschismus leicht zu einem Kompromiss.’

Mussolini: ‚Die Faschisten haben die Freimaurerlogen schon gebrandschatzt, ehe sie das Gesetz gemacht haben. Wir brauchen also gar keine Kompromisse.’ […]

Gramsci [auf seiner Anklage beharrend – S.K.]: ‚Warum wird nicht gesagt, dass sich das Gesetz gegen die Freimaurer vor allem gegen die Arbeiterorganisationen richtet? Wir fragen, wieso die Carabinieri seit mehreren Monaten unsere Genossen verhaften, auch, wenn sie sie in Gruppen von weniger als dreien antreffen. Und das, ohne dass die Kommunistische Partei zu einer kriminellen Organisation erklärt worden ist.’“[17]

Als Gramsci später in der Kantine von Montecitorio einen Kaffee trank, ging Mussolini auf ihn zu und setzte an, ihm zu seiner exzellenten Rede zu gratulieren. Der kleine Bucklige wandte sich ab.[18]

Abgesehen davon, dass die Episode deutlich die freche Diskurspiraterie Mussolinis hinsichtlich des Revolutionsbegriffs offenbart, zeigt sie doch auch, dass er sich noch nicht

darüber im Klaren war, auf welche Weise er den Kommunisten beikommen konnte. Wahrscheinlich hoffte er noch, sie auf seine Seite zu ziehen. Da sich Gramsci aber als unkorrumpierbar erwies, wurde 1926 ein Hochverratsvorwurf gegen den PCI konstruiert, in dessen Verlauf er schließlich zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde.

Goebbels: Vom „deutschen Kommunisten“ zum Faschisten

Im Unterschied zu Benito Mussolini, den er zu bewundern lernte, gehörte Joseph Goebbels niemals einer sozialistischen Organisation an. Seine frühen Tagebücher zeigen, dass dies mit seinem elitär ästhetischen Wertekonservatismus unvereinbar gewesen sein mochte. Dieser Wertekonservatismus war geschmeidig genug, dass er sich immerhin für einige Impulse der Moderne begeisterte, z.T. auch für Künstler, die er selbst später als ‚entartet’ geißeln sollte wie Emil Nolde. Vor allem war der junge Goebbels leidenschaftlich antibürgerlich: „Ja, das Chaos muß kommen“, schrieb er im Sommer 1923, „wenn es besser werden soll. Der Kommunismus, Judentum. Ich bin deutscher Kommunist.“[19]

„Selbst zum Skatspiel“ sei die Bourgeoisie zu faul. „Manche behaupten, sogar zum Beischlaf… Im Reichstag hat dieser Bürger seine große Organisation.“[20] Hier klingt an, dass Goebbels in der Demokratie nur einen Import der Siegermächte sah, der Deutschland im Gefolge des Ersten Weltkrieges aufgezwungen worden war. Demokratie setzte er mit „Plutokratie“ gleich.[21]

Die Tagebücher vermitteln jedoch den Eindruck, dass der junge Goebbels auf ökonomischem Gebiet auf radikalen sozialistischen Positionen stand. Für die Zeitspanne, in der er noch keinen direkten Kontakt mit Hitler hatte und noch nicht zu dessen engerem Führungsstab gehörte, ist den Aufzeichnungen keine demagogische Absicht zu unterstellen. Im März 1925 schrieb er: “Die Großindustrie ist ein Sündenpfuhl. Wir wollen den Menschen von ihr erlösen.“[22] Einen Monat später stritt er mit einem Parteigenossen, Axel Ripke, über die Ausmaße der von beiden für erforderlich gehaltenen Nationalisierungen: „Wir müssen dem Arbeiter Eigentum am Werk geben, aber höchstens 49%, sagt Ripke. Ich nenne das einen reformierten Kapitalismus, doch ich hasse den Kapitalismus in jeder Form wie die Pest. Warum um 49% Eigentumsbeteiligung Revolution machen und Europa stürzen? Lächerlich zu denken.“[23] Goebbels war schockiert, als er in der Diskussion erkannte, dass Hitler das Band zur Bourgeoisie keineswegs kappen wollte. Ripke sei „doch nur ein verkappter Bürgerlicher. Mit diesen [unleserlich] macht man keine Revolution. Und das Schlimmste: er kann sich auf Hitler berufen. Wenn das alles so ist, wie er es darstellt, dann ist der Nationalsozialismus nicht das, was ich in ihm vermutete. Warum streiten wir uns um sozial oder sozialistisch? Ich will nicht umsonst Nationalsozialist heißen. …Nur die äußerste, radikalste Konsequenz kann uns retten…Will man den Gedanken verbürgerlichen? “[24] Im Streit mit Ripke fragt er schließlich: „Was wollen wir? Nur den Versailler Vertrag brechen oder darüber hinaus den Sozialismus in die Wege leiten? … Was denkt Hitler?“[25]

Für Sowjetrussland hegte Goebbels Bewunderung. Den Bolschewismus in seiner damaligen Form hielt er für eine vorübergehende, aber wahrscheinlich notwendige Phase, die keinen Bruch, sondern eine Kontinuität der Geschichte dieses Landes darstellte. Als er 1928 den Film *Panzerkreuzer Potemkin* gesehen hatte, wünschte er sich Filme ähnlicher Machart für die na-

tionalsozialistische Bewegung: „Ich muss schon sagen, dieser Film ist fabelhaft gemacht – mit ganz prachtvollen Massenszenen. Technische und landwirtschaftliche Aufnahmen von prägnanter Durchschlagskraft. Und die Bombenparolen so geschickt formuliert, dass man keinen Widerspruch erheben kann. Das ist das eigentlich Gefährliche an diesem Film. Ich möchte, wir hätten einen solchen.“[26]

Wegen seiner Identitätsstärke sei Russland die „Hoffnung einer sterbenden Welt“.[27] Damit waren die Westmächte gemeint, auf die sich sein Hass konzentrierte. Und er hasste auch die deutschen Politiker, die wie Stresemann eine Verständigung mit den Westmächten erreichen wollten:

„Ex oriente lux. Im Geiste, im Staate, im Geschäft und in der großen Politik. Die Westmächte sind schon korrupt. Unsere herrschenden Kreise haben den Trieb nach dem Westen, weil die westlichen Mächte die klassischen Staaten des Liberalismus sind. Und unter dem Liberalismus ist für den, der hat (entweder Geld und Verbindung oder die obligate Rücksichts- und Gewissenlosigkeit) gut leben. Aus dem Osten kommt der neue Staatsgedanke in der individuellen Gebundenheit und verantwortlichen Zucht dem Staate gegenüber. Na, und das gefällt den Herren Liberalen nicht. Daher der Zug nach dem Westen. Bank und Börse, Großindustrie, Großkapitalismus, Landwirtschaft ist Unsinn, Geld verdienen ist des Pudels Kern.“[28]

In einer Kardinalfrage ist der junge Goebbels allerdings früh eindeutig rechts gepolt: Als er im Sommer 1923 konstatiert „Revolution in mir. Pessimismus gegen alles“ und als er Wagnermusik gehört hat, fordert er „Abkehr vom Internationalismus.“[29] Darin sah er wiederum vor allem eine Haltung des deutschen Bürgertums, das sich unbedingt den Westmächten anbiedern wolle. In diesem Zusammenhang beschäftigte ihn aber auch das Thema „Judentum“. Er konnte es sich damit nicht allzu leicht machen, da er sich gegenüber seiner halbjüdischen Geliebten in sexueller Abhängigkeit wähnte und noch jahrelang überlegte, ob er sie nicht doch heiraten könne. Von Rosa Luxemburgs Briefen an Karl Liebknechts Frau Sonja war er beeindruckt: „Vielleicht eine Idealistin, Manchmal überraschend in ihrer Innigkeit.“ Krampfhaft suchte er „ Schmuß“ darin.[30] Intellektuelle Brillanz von Juden erkannte er an, weshalb er seine Abwehrimpulse auch mal in Zweifel *stellte:* „Und jetzt ist meine Haut doch eine etwas einseitige antisemitische. Hoffentlich werde ich bald klar und gerecht.“ Sicher ist er sich aber, dass er die jüdischen Journalisten hasst und hassen muss. Die intellektuelle Lösung seines Problems fand er bei der Lektüre von August Bebels Memoiren, die er spannend und zugleich abstoßend „plebejisch“ fand. Die Juden seien „gerissener“ als sozialdemokratische Funktionäre wie Bebel. Leider sei der Sozialismus „jüdisch verseucht“[31] und leider auch internationalistisch:

„Die Internationalen im Kommunismus sind die Marx, Liebknecht, Radek, Schdanek[32]*, also die Juden. Die wirklichen Arbeiter sind in Tatsache national bis auf die Knochen, wenn sie sich auch noch so international gebärden. Das macht sie kaputt, dass die Juden ihnen geistig so sehr überlegen sind und sie mit ihrer Phrasendrescherei vernichten. Ein Arbeiter käme von sich aus nie auf den Gedanken der Internationale. Die Internationale finden wir nie von oben, d.h. unter Verleugnung der Nationen. Das widerspräche ja allen Naturgesetzen. Durch ein starkes Nationalgefühl zum europäischen Denken. So allein können wir die Gegensätze ausgleichen.“* [33]

Die Zuwendung zum deutschen Arbeiter war mit Goebbels Bejahung von Gewalt verbunden, die ihm ausgerechnet beim Spielen mit einem Kind in den Sinn kam. Kinder

„können manchmal furchtbar grausam sein. Besonders körperlichen Schwächen und Unebenheiten der anderen Kinder gegenüber. Ich weiß ein Liedchen davon zu singen. Aber das sind die Kinder aus Naturtrieb. Ist die Natur nicht auch furchtbar grausam? Ist der Kampf ums Dasein, – zwischen Mensch und Mensch, Staat und Staat, Rasse und Rasse, Erdteil und Erdteil, – nicht der grausamste Prozeß, den die Welt kennt? Das Recht des Stärkeren – wir müssen dieses Naturgesetz einmal wieder klarer sehen, dann verfliegen alle Phantasien von Pazifismus und ewigem Frieden.“[34]

Während in der Sowjetunion das Ringen zwischen Stalin und Trotzki um Für und Wider eines „Sozialismus in einem Lande“ begann, vertrat Goebbels mit seinem radikalen nationalen Verstaatlichungsprogramm auf seine Weise eine – sehr oberflächlich gesehen – ähnliche Idee. Damit konnte der junge Propagandist der Nazis Erfolge auch bei linken Arbeitern einfahren. Im September 1924 notierte er, dass er mit „einem fremden Mann“ gesprochen habe, der sich als „K.P.D. entpuppt. Wir unterhalten uns gut. Er respektiert uns. Wie viele ehrliche Menschen lernt man so kennen. Oh du reiches deutsches Volk!“[35] Den Nationalismus trieben die Nazis immer mehr auf die Spitze: „Daß die Vaterländischen uns Landesverräter schimpfen, das ist unser größter Stolz und unsere höchste Freude. Ich bekomme täglich Beweise von Arbeitern. Das werden einmal unsere fanatischsten Anhänger sein. Ich muss durch den Arbeiter den Konnex mit dem leidenden Volke und seinen schöpferischen Kräften aufrecht erhalten.“[36]

Erst im direkten Kontakt mit Hitler bekam Goebbels seine Idee vom Sozialismus in einem Land ausgetrieben und schwenkte – nicht ohne Widerstand – auf dessen nationalkonservative Linie ein. Teile seiner sozialistischen Überzeugungen verwandelte er – wie sein Vorbild Mussolini – fortan in demagogisches Potential. Welchen großen politischen Nutzen die Nazis aus der Diskurspiraterie zogen, zeigte sich z.B. schon daran, dass ab 1933 der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt und am 2. Mai die freien Gewerkschaften verboten werden konnten.

Die zwei Gesichter der Staatswirtschaft

Dass das durch den Faschismus eingeführte „Element ‚Produktionsplan’“ besonders „bei gewissen gesellschaftlichen Gruppen Italiens wie der großen Masse der städtischen und ländlichen Kleinbürger“ eine „Zeit der Erwartung und der Hoffnungen“ heraufbeschwören kann, hatte Gramsci schon in den frühen dreißiger Jahren, konstatiert.[37]

Obwohl viele Anhänger in den jeweiligen Frühphasen darauf hofften, trat weder der italienische noch der deutsche Faschismus mit seiner Machtergreifung dazu an, die kapitalistische Wirtschaftsweise aufzugeben. Das System war vielmehr darauf ausgelegt, die alten Klassenstrukturen im Kern zu erhalten. Beide Faschismen führten aber, stärker als vorherige Regierungen, staatliche Regulierungen und die Förderung von Investitionen für Großunternehmen ein. Diese staatlichen Eingriffe waren nach 1945 in Deutschland ein Argument derjenigen, die einen Sozialismus mit wesentlich umfangreicheren Verstaatlichungen und ganz anderen gesellschaftlichen Zielsetzungen verhindern wollten. Das Argument dient bis heute immer mal wieder als Beleg für die große Nähe, wenn nicht sogar für die Identität der beiden ‚totalitären’ Regimes von Sozialismus und Nationalsozialismus. Für unseren Zusammenhang ist

interessant, dass sich in Bertolt Brechts Journal unter dem 24. Dezember 1947 ein noch in der Schweiz geschriebener Absatz über diese Auseinandersetzung im Nachkriegsdeutschland findet:

„Der Nationalsozialismus muß betrachtet werden als der Sozialismus der Kleinbürger, eine verkrüppelte, neurasthenische, pervertierte Volksbewegung, die für das von tiefer unten Geforderte einen der herrschenden Klassen nicht unliebsamen Ersatz lieferte oder zu liefern versprach. Die scheinsozialistischen Ansätze müssen also mit dem echten Artikel verglichen werden, nicht mit der ‚Demokratie'. Die Kritik gegen die Nationalisierung für den Krieg muss sich nicht gegen Nationalisierung richten, sondern gegen ihren Zweck, den Krieg, der sie pervertierte. Die Jugend war bis ins Proletariat hinein, wie es scheint, gefangen durch jene sozialistischen Züge, welche bei Unternehmungen wie dem Krieg allein durch das allgemeine Ziel, den Wegfall der ökonomischen ‚Freiheit' usw., mächtig in die Phantasie eingehen."[38]

Der Gramscismus der modernen französischen Rechten

Wie Joseph Goebbels die angebliche jüdische Kulturhegemonie brechen und durch die deutsche Kulturhegemonie ersetzen wollte, so bildete sich um 1970 zunächst in Frankreich eine Rechtsbewegung heraus, die die angeblich nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete linke Kulturhegemonie brechen wollte, als deren Fahnenträger vor allem Jean-Paul Sartre angesehen wurde. Wichtigste Vertreter dieser Strömung waren Raymond Aron, Bernard-Henry Lévy und der ehemalige Maoist André Glucksmann. Ihr wichtigstes Argumentationsinstrument war eine radikale Totalitarismusdoktrin, die Kommunismus und Faschismus vor allem unter dem Aspekt des „Genozids" gleichsetzte. Ihr erklärtes Ziel war die Entthronung von Marx, aus dessen Werk die Konsequenz des Genozids bereits entspringe. Während die Hauptströmung der Neuen Philosophen die Demokratie zum Gegenpol des gleichgesetzten faschistischen und stalinistischen Totalitarismus erhob, entwickelte sich auch eine Tendenz zur Verharmlosung des Faschismus bis hin zur Leugnung des Holocausts. Robert Faurisson eröffnete 1978 eine in Medien und sogar in Universitäten geführte Debatte, in der „die angeblichen Massaker in ‚Gaskammern'" als „Lüge" bezeichnet wurden.[39]

Es ist nicht verwunderlich, dass sich in dieser Gemengelage faschistoide Positionen, denen Frankreich ja nie ganz abhold gewesen war, in einer breiteren Öffentlichkeit zu organisieren begannen. Im Unterschied zu den Theoretikern der Totalitarismusdoktrin idealisierten sie nicht die Demokratie, sondern sahen diese – wie der alte Faschismus – äußerst kritisch. Alain de Benoist ging so weit, die Ursprünge des „Gleichheitswahns" bereits dem aus dem jüdischen Orient importierten Christentum anzulasten, das das natürliche Autoritätsempfinden der europäischen Volksstämme unterhöhlt und fast zum Verschwinden gebracht hätte. Aus dieser Sicht war die Revolution von 1789 schimpflicher Höhepunkt der Entwicklung der Gleichheitsideen gewesen und der Zeitpunkt, von dem an sie immer radikaler institutionalisiert wurden. Aus dieser Sicht sind Demokratie und Kommunismus keine Gegensätze mehr, sondern nur zwei Erscheinungsformen von Gleichmacherei. Natürlich unterbleibt der Hinweis, dass genau das die Sicht des Faschismus gewesen war und das Konzept, auf dessen Basis Europa – unter Mithilfe eines Teils des französischen Bürgertums – umorganisiert werden sollte.

Die Abkehr von 1789, die in Frankreich inzwischen ein allgemeiner Topos rechter Geschichtsinterpretation geworden ist, wird meist als kritische Abkehr vom jakobinischen Terror begrün-

det. Die Ursprünge des genozidalen Totalitarismus werden inzwischen auch nicht mehr bei dem keineswegs entlasteten Marx angesetzt, sondern bereits in der Revolution von 1789, die nun leicht mit der „terroristischen“ russischen Revolution vom Oktober 1917 parallelisiert werden kann.[40]

Wenn diese Strömung auch die Demokratie auf ihre Fahnen gesetzt hat, ist ihr antidemokratischer Impuls doch daran festzumachen, dass die Beschwörung der Gewaltphase der Revolution von 1789 das Bewusstsein ihres Inhalts – d.h. der Aufklärung und ihrer mit der Revolution beginnenden Institutionalisierung –

verdrängt. Dass freilich die seit der Revolution in Frankreich und mit dem Zerfall seines Kolonialreichs trotz mancher Rückschläge immer stärker institutionalisierten Gleichheitsideen im kollektiven Gedächtnis dennoch weiter wirken, zeigt die Tatsache, dass auch rechte französische Regierungen die auf die Revolution bezogenen Staatsriten noch nicht eliminieren können.

Aber kehren wir zur faschistoiden Konzeption von Alain des Benoist zurück. Die mit dem Christentum nach Europa gekommenen Gleichheitsideen, mit ihren Begriffen der Liebe, des Egalitarismus, der Rassenmischung, der Dialektik und des Universalismus hätten die ursprüngliche Basis europäischer Kultur immer mehr zersetzt und ersetzt. Dagegen sollte ein angeblich auf die ursprünglichen europäischen Werte zurückgreifendes Ideensystem verbreitet werden, das sich auf Begriffe wie Ehre, Elite, Ungleichheit, Hierarchie, Differenz und Identität stützt. Somit könnten die europäischen Gesellschaften nur gesunden, wenn sie sich auf die Strukturen vor der großen Revolution von 1789 besinnen – und auf das vorchristliche Heidentum der alten Griechen. Der intellektuelle Denkzirkel der Neuen Rechten nannte sich denn auch GRECE – was auf Französisch sowohl für Griechenland steht als auch für *Groupement de recherche et d’études pour la civilisation européenne*. Die Mitglieder und Anhänger von GRECE schufen sich eigene Publikationsorgane, schrieben aber auch in bürgerlichen Mainstream-Zeitschriften wie dem *Figaro Magazine*. Vor allem aber verneinte die Neue Rechte die Möglichkeit einer universellen, für alle Menschen verbindlichen Fixierung von Menschenrechten.

Das 16. nationale Kolloquium des GRECE stand 1981 unter dem Titel *Pour un gramscisme de droite*. Nicht die Inhalte und Ziele von Gramscis Denken, sondern allein die technische Seite der Hegemonietheorie stand hier zur Debatte: Die Geschichte der großen Revolutionen habe gezeigt, dass ihre Ziele zunächst durch intellektuelle Anstrengung, dann durch kulturelle Breitenarbeit in den Köpfen vorbereitet worden seien. Durch den Bedeutungszuwachs der Massenmedien gelte dies umso mehr für das 20. Jahrhundert. GRECE teilte auch Gramscis Auffassung, dass es keinen monokausalen Determinismus zwischen sozioökonomischer und politischer Basis einerseits und den kulturellen Überbauten andererseits gibt.

Laut Alain de Benoist war es den Linken gelungen, seit dem Ende des Krieges ihre Kulturhegemonie zu errichten, obwohl mit De Gaulle und seinen Nachfolgern die Rechte in Frankreich herrschte. „Die französische Rechte […] hat die Bedeutung von Gramsci nicht erkannt. Sie hat nicht gesehen, worin die *kulturelle* Macht den Staatsapparat bedroht, wie diese ‚kulturelle Macht’ auf die impliziten Werte wirkt, um die herum sich der für die Dauer der politischen

Macht unverzichtbare *Konsens* kristallisiert.“[41]

Weiter heißt es: „[…] die alte Rechte sieht nicht, dass *Schwerpunkte* und *Formen* der Macht sich geändert haben. Sie denkt, dass die Parteien wie zur Zeit von La Rocque und Boulanger der beste oder hauptsächliche Zugang zur Macht bleiben. Gewiß, die Parteien spielen weiterhin eine wichtige Rolle. Aber sie stehen nicht mehr alleine da.“[42] Der politische Kampf – soweit folgt Benoist Gramsci – wird nicht nur auf dem politischen Feld ausgetragen, sondern auch auf dem kulturellen. „Alle großen Revolutionen der Geschichte haben auf der politischen Ebene eine Entwicklung *konkretisiert*, die in den Geistern *schon vor sich gegangen war* – selbstverständlich angefangen bei jener von 1789. Das war es, was der Italiener Antonio Gramsci sehr genau begriffen hatte […].“[43]

Obwohl er seine Quelle nicht angab, bezog sich Benoist mit dieser Bemerkung sicher auf den Artikel *Sozialismus und Kultur*, den der vierundzwanzigjährige Gramsci am 29. Januar 1916 im *Grido del popolo* publiziert hatte. Er schrieb hier,

„daß jeder Revolution eine intensive kritische Arbeit voranging, eine kulturelle Imprägnierung, ein Eindringen von Ideen in Menschengruppen, die zuvor unzugänglich waren und nur daran dachten, Tag für Tag, Stunde um Stunde, ihre individuelle ökonomische und politische Problematik auf eigen Faust zu lösen, ohne die Bande der Solidarität mit den anderen Menschen zu knüpfen, die sich in derselben Situation befanden. Das letzte Beispiel […] war die Französische Revolution.“.[44]

In der Bewertung der Revolution und besonders der „ihr vorangegangenen kulturellen Periode, genannt Aufklärung, die von den leichtfertigen Kritikern der theoretischen Vernunft so diffamiert worden“ sei, stand Gramsci allerdings konträr zu Benoist. Für ihn war die Aufklärung an sich „schon eine großartige Revolution, durch die sich […] in ganz Europa ein einheitlicher bürgerlicher Geist als einheitliches Bewusstsein herausgeformt hat, das überall sensibel für die allgemein herrschenden Übel und unglücklichen Verhältnisse war und das die beste Vorbereitung für die blutige Erhebung darstellte, die sich dann in Frankreich ereignet hat.“ (Ebd.) Im Gegensatz zum Kulturbegriff von Benoist zielte Gramscis Kulturbegriff aber auf die rechtliche Gleichheit der Menschen. Im selben Artikel bezog er sich auf Gianbattista Vicos Interpretation des berühmten Ausspruchs „Erkenne dich selbst“. Vico habe behauptet, dass er „mit diesem Ausspruch die ‚Plebejer’, die glaubten von ‚tierischem’, die ‚Adligen’ aber von ‚göttlichem Ursprung’ seien, ermahnen wollte, über sich selbst nachzudenken, damit sie in sich selbst die ‚gleiche menschliche Natur wie in den Adligen’ wiedererkennen und fordern, als Bürger mit gleichem Recht zu gelten’.“[45]

Es ging Gramsci also keineswegs um eine bürgerliche Restaurationsbewegung. Aus seiner Sicht verkörperte der Sozialismus das kritische Bewusstsein seiner Zeit, das sich freilich noch von positivistischen Schlacken befreien müsse: „Durch die Kritik der kapitalistischen Zivilisation hat sich das einheitliche Bewusstsein des Proletariats herausgebildet oder es ist dabei, sich herauszubilden. Und Kritik will heißen Kultur, nicht allein spontane und naturalistische Evolution.“[46]

Wie kam Benoist überhaupt auf diese dreiste Diskurspiraterie? Das lässt sich teilweise mit

dem bei der extremen Rechten offenbar chronischen Gefühl des Mangels attraktiver eigener Traditionslinien erklären. Sie erklärt sich aber auch aus der hier nicht näher zu erläuternden unglücklichen Rezeption Gramscis in Frankreich, die wegen langer Unterbrechungen der Übersetzungsaktivitäten nicht einmal in den Universitäten, geschweige denn im politischen Raum auf eine breite Grundlage gestellt werden konnte. So war es damals leicht, einen international hoch angesehenen, in Frankreich aber nur bruchstückhaft bekannten linken Theoretiker zu vereinnahmen. Das hatte den vielleicht sogar beabsichtigten Nebeneffekt, die Gramsci-Rezeption durch die Linke weiter zu erschweren. Manche Linke irritiert es bis heute, dass er von rechts vereinnahmbar erscheint.

Nach einer eigentlich stalinistischen, aber auch heute noch unter Linken verbreiteten Auffassung, besteht eine automatische Korrelation von Form und Inhalt, von Signifikant und Signifikat. Und es gilt als suspekt, wenn Formen und Techniken manchmal sogar einen hohen Grad von weltanschaulicher Neutralität aufweisen. Letzteres hatte Gramsci selbst in seiner Auseinandersetzung mit Futurismus und Faschismus bereits verstanden: Sie war auch eine Auseinandersetzung um den Inhalt von Begriffen. Und was sich hinter seinen Begriffen verbirgt, kann nur durch Lektüre seines Werks und die Analyse seines auf wenige Jahre beschränkten Wirkens als Politiker erschlossen werden. Daraus wird ersichtlich, dass es ihm um die Herstellung universaler Gleichheit der Menschen ging – also um das gegenteilige Ziel seiner faschistoiden Adepten.

Gramsci hat so bereits früh die relative Neutralität der Formen erkannt, Jahrzehnte bevor Hannah Arendt auf eine Totalitarismusdoktrin gekommen war. Schon Gramsci sah, dass es nicht nur zwischen den Begriffen, sondern auch den Regierungsformen von Faschismus und Sozialismus (sowjetischer Prägung) Parallelen gab, die sich z.B. im Führerkult und der Schwächung bzw. dem Verbot zivilgesellschaftlicher Organisation äußerten. Das führte ihn allerdings nicht zu der Schlussfolgerung, dass hinter diesen Parallelen auch gleiche Inhalte und Ziele steckten. Die Unterentwicklung bzw. die Unterdrückung der Zivilgesellschaft in der Sowjetunion hielt er für eine vorübergehende Entwicklungsphase, die sich aus der besonderen Rückständigkeit des vorangegangenen zaristischen Russland ergab, in dem sich noch keine Demokratie herausgebildet hatte.[47]

Mochte Mussolini seine Herrschaft auch als „Revolution“ bezeichnen, blieb Gramsci doch überzeugt, dass sie – im Gegensatz zur russischen Revolution – keine neuen Perspektiven der Klassenverhältnisse eröffnete. Nicht nur aus seinen berühmten zwei Briefen an das Zentralkomitee der KPdSU von 1926,[48] in dem er auf eine demokratische Lösung des Konflikts zwischen Stalin und Trotzki drang, sondern auch aus einem von 1931/32 stammenden Abschnitt der *Gefängnishefte* geht hervor, dass er „Staatsvergottung“ in eine Anfangsphase des Sozialismus für verständlich, in unterentwickelten Ländern vielleicht sogar für notwendig ansah. Mit der Zeit müsse sich aber eine Zivilgesellschaft herausbilden, die immer mehr Funktionen des Staates übernehmen würde. Der Staat stirbt aus Gramscis Sicht nicht ab wie bei Marx, sondern wird zunehmend von der Zivilgesellschaft assimiliert.[49]

Obwohl der sowjetische Sozialismus diesen Weg nicht gegangen ist, spricht nichts dagegen, ihn in Zukunft zu gehen.

Wenn die illegitime Diskurspiraterie von GRECE nicht für jedermann erkennbar war, lag das auch daran, dass sich das Gleichheitsdenken von Gramsci und das Ungleichheitsdenken von Benoist auf zwei verschiedene Sphären zu beziehen scheinen: Im Text *Sozialismus und Kultur* bezog sich Gramsci auf Klassenunterschiede und Klassenkampf im europäischen Kontext; Benoist und die Neue Rechte zielen in erster Linie auf die angebliche „différence“ der Rassen. Dabei wurde versucht, den Eindruck zu vermeiden, den alten Rassismus wiederzubeleben. Indem diese neue, ‚salonfähige' Version des Rassismus behauptete, von der Individualität jedes Lebewesens auszugehen, stellte sie sich durch Abgrenzung vom kommunistischen und sozialistischen „Kollektivismus“ auf einen populären Topos der Nachkriegsmoderne. Mit dem Konzept der absoluten Differenz konnte man die objektive Existenz von Rassen behaupten, von denen keine einer anderen über- bzw. unterlegen sei. Jede Rasse und jede Kultur könne sich aber nur dann voll entfalten, wenn sie sich vor Durchmischung mit anderen Rassen und Kulturen bewahre und möglichst rein und ihrem ursprünglichen Lebensraum verhaftet bleibe. Speziell diese – heute auch in rechtsextremen Gruppen und Parteien in Deutschland virulente Rassenkonzeption kann den Vorwurf des Rassismus von sich weisen und sich sogar mit anderen fundamentalistischen Strömungen, z.B. einigen islamistischen Bewegungen verbünden. Dies ist umso infamer, weil sie rassistische Gewalt rechter Jugendlicher gegen muslimische Emigranten keineswegs verhindert, sondern eher inspiriert – denn man ist ja gegen die „Vermischung“. Solche extremen neurechten Bewegungen können zugleich für den Befreiungskampf der Palästinenser eintreten und für die Reduzierung der Rechte von Einwanderern und deren Rückführung in die Ursprungsländer.

Den Altautochthonen wird – ähnlich wie im alten Faschismus – die Errichtung einer homogenen Volksgemeinschaft vorgegaukelt, in der alle, besonders die sozialen Probleme leicht gelöst werden können, ohne Klassenkampf, eben auf Stammesart. Die Botschaft, dass es bei den Kelten und Germanen vielleicht nicht ganz demokratisch, aber doch ‚gerecht' zugegangen sei, kam bei einem Teil der sich durch die massive Einwanderung benachteiligt fühlenden altautochthonen Franzosen gut an und hat sich auch in Deutschland verbreitet. Sie beflügelt nicht nur das Elektorat von Le Pens *Front National*, der zwischen 2004 und 2007 der Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* im Europäischen Parlament vorstand, sondern auch das der NPD und AFD.

Der Gramscismus der deutschen Rechten

In Deutschland, das in den siebziger und auch noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus der Sicht der französischen Rechten als hoffnungslos linksliberal galt, kam es nichtsdestotrotz zur Entwicklung einer Salonrechten und mittlerweile auch einer rechtsextremen Partei, die 2017 in den Bundestag einziehen konnte.

Der junge Publizist Andreas Molau, der später zeitweise führende Funktionen in der NPD und der DVU innehatte, übernahm Anfang der neunziger Jahre die Gramsci-Adaption von Benoist: Die Sicht auf den Staat dürfe sich nicht auf seine im engeren Sinne politischen Komponenten reduzieren. Laut Gramsci käme der Kultur insofern eine Schlüsselposition zu, als erst sie dem Staat die politische Hegemonie sichere, aus der die spontane Zustimmung der Mehrheit zu einer bestimmten Werteskala entspringe. Wie Benoist sah sich Molau von Gramsci inspiriert durch dessen Einschätzung der herausragenden Rolle der Kultur in der modernen Gesellschaft. Wie Benoist beklagte auch er, dass die Rechte den Kulturkampf nicht kraftvoll

genug führe. Er forderte eine Wende gegen die von ihm konstatierte „Vermassung und Demokratisierung der Kultur“, was ausdrücklich den Kampf gegen die Amerikanisierung und gegen den Universalismus der ‚Eine Welt Bewegung’ einschloss. Molau ging allerdings nicht wie GRECE auf ein Konzept des absoluten Individualismus alles Lebenden zurück, sondern er denunzierte den Individualismus der Moderne wie auch das anything goes der Postmoderne als zerstörerisch. Das Eingehen auf jede Individualität erzeuge nur Leere. Stattdessen müsse die Kultur wieder Traditionen, Lebensregeln und -normen vermitteln. Und auch die Kunst solle wieder zu festen Formenzwängen zurückfinden. Dahinter ist leicht ein autoritäres Konzept zu erkennen. In Molaus Sicht ist der Mensch nicht perfekt, kann und soll aber nicht verändert werden und brauche deshalb Führung.[50]

Der faschistoide Charakter von Molaus Gramsci-Adaption signalisiert sich schon, wenn er die Rolle der Kultur als „Befehls und Ausgabestelle“ für Ideen und Werte ansieht, d.h. als vorwiegend staatliche Aktivität. In der demokratischen Perspektive von Gramsci sollte aber die Zivilgesellschaft immer mehr Funktionen des Staates übernehmen. Hinsichtlich Kultur und Bildung käme dem Staat zwar weiterhin die Aufgabe zu, die materiellen Rahmenbedingungen zu sichern. Der Inhalt von Kultur und Bildung aber würde mehr und mehr von zivilgesellschaftlichen Übereinkünften bestimmt.[51]

Kampf um Hegemonie ist auch Kampf um Begriffe

Der von der Rechten und extremen Rechten in Frankreich und Deutschland seit vierzig Jahren geführte Kulturkampf war relativ erfolgreich. Um eine linke Diskurshegemonie und darüber auch linke Handlungsmacht herzustellen, bedarf es erheblicher Anstrengungen. Unter anderem müssen Scheuklappen gegenüber den von der Rechten usurpierten Begriffen abgelegt werden, die freilich nicht benutzt werden können, ohne die eigenen Definitionen klar zu machen. Auf die Begriffe Identität, Differenz, Tradition, Souveränität und viele andere können Linke nur bei Strafe des eigenen Untergangs verzichten. Sie müssen aber immer wieder aufs Neue klarstellen, was solche Begriffe in den eigenen Diskursen bedeuten. So hat sich ein Großteil der Linken durch das Perpetuieren der stalinistischen Gleichsetzung von Demokratie und Kapitalismus, der manchmal auch noch die Gleichsetzung von Kapitalismus und Faschismus hinzugefügt wird, den Begriff der Demokratie entwenden lassen. Wolfgang Kowalsky hat schon 1991 zu Recht auf den immensen Schaden hingewiesen, der durch die Denunzierung der Demokratie „als bloß ‚formal’, ‚bürgerlich’“ verursacht worden ist. Diese Linke habe „nie die Tragweite der Gramscischen Revision begriffen“, die wie Rosa Luxemburg die Demokratie, auch wenn sie nur in ihrer bürgerlich-formalen Form auftritt, „als Lebensbasis für das Wirken einer linken Opposition, als ‚Freiheit der Andersdenkenden’“ erkannte.[52]

Eine ähnliche Selbstenteignung geschah mit dem Begriff der Nation. Von der Nation, insbesondere einer deutschen Nation, zu sprechen, gilt vielen Linken bereits als faschistoid. Sie haben nur Recht, wenn man die Zugehörigkeit zur deutschen Nation nach wie vor über eine deutsche Blutslinie bestimmt. Wird die Zugehörigkeit zur Nation – wie in vielen Ländern bereits üblich – über den Ort der Geburt oder gar durch einfache Kooptation definiert, und rechtlich gesichert, ist im Begriff der Nation nichts Faschistoides mehr enthalten.[53]

Interessanterweise geht die Ablehnung des Nationsbegriffs oft einher mit der Ablehnung oder Geringschätzung der Demokratie. Das ist kein Zufall. Denn Demokratie beginnt immer lokal,

kommunal. Sie kann und muss ergänzt werden durch demokratische Mechanismen innerhalb und zwischen den Nationen. Auf jeden Fall benötigt sie, um überhaupt funktionieren zu können, eine Definition des Raums, in dem sie Gültigkeit hat. Sie hat auch zeitliche Dimensionen, die – wie z.B. die Befristung der Mandate von Gewählten – einer konsensualen Festlegung bedarf. Für die Linke kann es keine weltweit durchzusetzende Stromliniendemokratie geben, sie muss vielmehr weltweite Demokratisierung auf verschiedenen Ebenen fordern und vorantreiben. Die nationale Ebene hat keineswegs ausgedient, zumal sie in jedem Land bzw. in jeder Nation eine spezifische Entwicklungsgeschichte und einen spezifischen Entwicklungsstand aufweist. Nur wenn sie diesen beiden Vorgaben genügt, kann sie von den Mehrheiten auch als aktive Form des Mitregierens angenommen werden. Sie muss von den Menschen konkret, d.h. in überschaubaren Zeit- und Raumdimensionen bestimmt werden.

Die große Unsicherheit, die Linke heute bei der Verwendung vieler Begriffe spüren, die einmal einen festen Platz im linken Begriffsbaukasten zu haben schienen, erklärt sich aus der Schwächung linker Kultur überhaupt. Erfolgreich kann Dekonstruktion der Diskurspiraterie, aber auch die Rekonstruktion und Neukonstruktion von Begriffen nur im Rahmen einer Offensive linker Kultur- und Wissenschaftspolitik sein.

Obwohl ich immer noch meiner Mutter dankbar bin, dass sie mich nachdrücklich auf die manchmal prekäre Nähe von linken und ultrarechten Riten hingewiesen hat, denke ich, dass mein Vater doch mehr im Recht war: Diskurspiraterie darf die Linke nicht dazu treiben, ihren eigenen Traditionen und ihrer eigenen Sprache zu entsagen, wenn sie auch immer verpflichtet ist, die in den Kulturkämpfen der Zeit unscharf gewordenen Begriffe neu zu präzisieren. Im Notfall ist freilich auch einmal Begriffsabstinenz angesagt. So plädierte Bertolt Brecht Ende der dreißiger Jahre, vom Exil aus, für allergrößte Vorsicht gegenüber den von den Faschisten missbrauchten Begriffen der ‚Volkstümlichkeit' und des ‚Volkes': Das faschistische Regime, das „immer zum Volk und vom Volk" spreche, „zählt alles zum Volk, außer dem, was es nicht dazu zählt, das, wenn man es zählt, sich als Volk herausstellt."[54]

Brecht hatte damals die Ausgrenzung der Juden und Regimegegner im Blick. Aber wenn wir an aktuellen Leitkulturdebatten denken, besteht der berechtigte Verdacht, dass es wieder einmal um Ab- und schließlich auch um Ausgrenzung gehen soll.

Dass diskreditierte Begriffe im Verlauf der Geschichte auch wieder brauchbar ‚gespült' werden können, zeigt die Rehabilitierung des Begriffs ‚Volk' während der 1989 anschwellenden Montagsdemonstrationen, die freilich durch die bald einsetzende völkische Umakzentuierung wieder relativiert wurde. Und doch tönt in der kollektiven Erinnerung „Wir sind das Volk" stärker nach als „Wir sind ein Volk". Vielleicht ist der Begriff ‚Volk' doch dabei, sich wieder links zu profilieren? Solange wir aber nicht sicher sein können, ob die hier lebenden Bürger mit Migrationshintergrund wirklich darin eingeschlossen sind, sollten wir lieber Brecht folgen, der zu DDR-Zeiten dann anstatt vom ‚Volk' lieber von Deutschlands Bevölkerung' sprach.

Download als PDF

Literatur:

1. Leicht gekürzte und aktualisierte Fassung von *Dekonstruktion von Wackelkandidaten und Diskurspiraten. Gramsci, Brecht und Anverwandlung linker Signifikanten durch rechte Politik*, In: *Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen*, hg. v. Regina Wamper, Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch, Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung im Unrast-Verlag, Münster 2010. ↩
2. Signiert: Thilo Rothacker nach Eugène Delacroix' Gemälde: *Die Freiheit führt das Volk*. Der *Vor neuen Aufgaben* betitelte Kommentar stammt von Volker Zastrow (FAZ v. 29.11.2009). ↩
3. Vergl.: Losurdo, Domenico: *Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts*, Köln, 2008. ↩
4. Souvarine, Boris: *Aperçu historique du bolchévisme*, Paris 1935. ↩
5. Brecht, Bertolt: *Schriften 2. Schriften 1933-1942*, bearbeitet von Inge Gellert und Werner Hecht (=Werke. *Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Bd. 22/1), Frankfurt am Main, 1993, S. 158. ↩
6. zit. n.: Pörtner, Paul 1961: *Literaturrevolution 1910-1925. Dokumente, Manifeste, Programme*. Bd. 2, Berlin, S. 38. ↩
7. Gramsci, Antonio 1974a: *I futuristi* [zuerst 1913 in der Turiner Universitätszeitschrift], zit. n.: *Per la verità. Scritti 1913-1926*, Roma, S. 6 ff. ↩
8. Gramsci, Antonio 1983: *Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag und Literatur*, übers. u. hrsg. von Sabine Kebir, Hamburg, S. 50-53. ↩
9. Ebd., S. 186. ↩
10. Gramsci, Antonio 1958: *Scritti giovanili 1914-1918*, Torino, S. 3-7. ↩
11. Gramsci, Antonio 1974b: *La costruzione del Partito Comunista*, Torino. Festzuhalten ist, dass vor dem Ersten Weltkrieg ein großer Teil der europäischen Sozialisten auf eben diesen prokolonialistischen Positionen stand, darunter auch Antonio Labriola (1843-1904), der als erster Marxist Italiens gilt. ↩
12. Gramsci, Antonio 1983: *Marxismus und Kultur*, a. a. O., S. 188f. ↩
13. Gramsci an Jules Humbert-Droz am 25.4.1925. In: Gramsci, Antonio 1992a: *Briefe 1908-1926*, Wien, S. 248. ↩
14. Siehe: Gramsci an Julia Schucht am 25.5.1 925, ebd., 250. ↩
15. Gramsci, Antonio 1987: *Antonio Gramsci da Torino operaia al carcere di Turi*. Tonkassette mit Zeitzeugen, hrsg. v. C. Bermani, F. Coggiola, M. P. Quercioli, Istituto Ernesto de Martino, Sesto Fiorentino, S. 280. ↩
16. Siehe Anm. [14]. ↩
17. Gramsci, Antonio 1974b: *La costruzione …,* a. a. O., S. 80f. ↩
18. Gramsci, Antonio 1987: *Antonio Gramsci da Torino operaia al carcere*…, a. a. O., S. 280. ↩
19. Joseph Goebbels: Notiz [ohne Datum] v. Sommer 1923. In: Goebbels, Joseph 1992: *Tagebücher 1924-1945*, hrsg. von Ralf Georg Reuth, Bd. 1, München, S. 85. ↩
20. Ders: Notiz v. 28. Juli 1924, ebd., S. 116. ↩
21. Ders: Notiz v. 12. August 1924, ebd., S. 129. ↩
22. Ders: Notiz v. 23. März 1925, ebd., S. 168. ↩
23. Ders: Notiz v. 7. April 1925, ebd., S. 173. Axel Ripke war zu dieser Zeit Gauleiter des Gaues Rheinland-Nord. ↩
24. Ders: Notiz v. 16. April 1925, ebd., S. 175. ↩

25. Ders: Notiz [ohne Datum] v. Frühjahr 1925, ebd., S. 186. ↩
26. Ders: Notiz v. 30. Juni 1928, ebd., S. 304. ↩
27. Ders: Notiz v. 15. Juli 1924, ebd., S. 104. ↩
28. Ders: Notiz v. 30. Juli 1924, ebd., S. 117. ↩
29. Ders: Notiz [ohne Datum] v. Frühjahr 1923, ebd., S. 84. ↩
30. Ders: Notiz v. 2. Juli 1924, ebd., S. 92f. ↩
31. Ders: Notiz v. 5. Juli 1924, ebd., S. 94f. ↩
32. Gemeint ist wahrscheinlich Alexej Alexandrowitsch Schdanow (1896-1948), damals Redakteur einer großen Zeitung, später Protagonist sowjetischer Kulturpolitik. ↩
33. Joseph Goebbels: Notiz v. 14. Juli 1924, in: Goebbels, Joseph 1992: *Tagebücher*…a. a. O., S. 102f. ↩
34. Ders.: Notiz v. 17. Juni 1924, ebd., S. 101. ↩
35. Ders.: Notiz v. 15. September 1924, ebd., S. 156. ↩
36. Ders.: Notiz v. 20. September 1924, ebd., S. 158. ↩
37. Antonio Gramsci 1994: *Gefängnishefte. Philosophie der Praxis*. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 6, hrsg, von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin, S. 1243. ↩
38. Brecht, Bertolt 1995: *Journale* 2, bearbeitet von Werner Hecht (= Werke. *Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Bd. 27), Frankfurt am Main, S. 258. ↩
39. Kowalsky, Wolfgang 1991: *Kulturrevolution? Die Neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer*, Opladen, S. 122. ↩
40. Vgl. Hierzu die Kritik v. Domenico Losurdo, der den Historiker François Furet „als wichtigen Vertreter des historischen Revisionismus“ nennt, „der sich nicht darauf beschränke, das ´stalinistische Phänomen unter Anklage zu stellen, sondern der auch gleich auf ´die jakobinische Tradition verweist, die hinter jenem stehe.“ – Losurdo, Domenico 2007: *Kampf um die Geschichte*, Köln, S. 8. ↩
41. De Benoist, Alain 1985: *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite* (= edition d, Bd. 6), Krefeld, S. 20. ↩
42. Ebd., S. 22. ↩
43. Ebd., S. 23. ↩
44. Gramsci, Antonio 1983: *Marxismus und Kultur*…a., a., O., S. 25-28. ↩
45. Ebd. ↩
46. Ebd. ↩
47. Gramsci, Antonio 1992b: *Gefängnishefte, a. a. O,* Bd. 4, hrsg. von Klaus Bochmann u. Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin, S. 874. ↩
48. Gramsci, Antonio 1992a: Briefe 1908-1926, a., a., O., S. 272-287. ↩
49. Gramsci, Antonio 1993: *Gefängnishefte*. Bd. 5, hrsg. von Klaus Bochmann u. Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin. S. 1016f. ↩
50. Ich argumentiere hier auf der Basis der Zusammenfassung von Andreas Molaus Artikel *Kampf um einen neuen Kulturbegriff*, in: *Junge Freiheit* 9 (1992) durch Jäger, Siegfried 1994: *Der Kampf um den Kulturbegriff in der ´Jungen Freiheit, in: Helmut Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der ´Jungen Freiheit*, Duisburg, S.159-166. ↩
51. Dass nicht nur die finanzielle Ausstattung, sondern auch die inhaltliche Profilierung der Erziehungs- und Kulturinstitutionen in der Hand des Staats konzentriert blieben, war auch ein Kennzeichen des Realsozialismus, der die von Gramsci entworfene Perspektive nicht beschritt, obwohl entsprechende Potentiale in den siebzig Jahren seines Bestehens

gewachsen waren. In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf Marx' Auseinandersetzung mit dem Gothaer Programm der Sozialdemokratie zu verweisen. Er bestand darauf, dass „Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen" (Marx, Karl 1972: *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* [1875], in: Karl Marx/Friedrich Engels-Werke (*MEW*), Bd. 19, Berlin, 15-32.) seien, d.h. dass er die Verantwortung für das Programm der öffentlichen Schule nicht beim Staat, sondern bei den Eltern sah. ↩

52. Kowalsky, Wolfgang 1991: *Kulturrevolution? Die Neue Rechte…*a., a., O., S. 129. ↩
53. Siehe dazu die Debatte um *Die Linke und das Nationale* in den *Marxistischen Blättern* zwischen Salomon 2008, 64-72 und Kebir 2008, 72-78, die weitere Kontroversen auslöste. ↩
54. Brecht, Bertolt: *Schriften 2. Schriften 1933-1942…* a., a., ., S. 495, Für unseren Zusammenhang lesenswert ist Brechts gesamte Auseinandersetzung über den Begriff der Volkstümlichkeit und des Volkes (ebd., S. 405ff., 493ff.) im sogenannten Realismusstreit mit Georg Lukács. Der Anlass war, dass beide Begriffe auch für die Ausarbeitung einer Theorie des sozialistischen Realismus eine wesentliche Rolle spielten. ↩